

DPG-Rundbrief 17-2026 _ August 2026

Ein neuer Friedensplan für Gaza? - Trotz Hoffnung bleibt Skepsis angebracht

Am 31. Juli ging ein Post Donald Trumps auf *Truth Social* weltweit viral: Hamas sei bereit, die Waffen abzugeben. Damit könne die 2. Phase seiner *Road Map* für Gaza beginnen, erklärte der wegen seines Iran-Debakels politisch angeschlagene US-Präsident. Wenigstens eine Erfolgsmeldung.

An diesem Tag hatte das von Trump geführte *Board of Peace* (BoP) einen 15-Punkte-Plan vorgelegt, der in den letzten Wochen unter Vermittlung Ägyptens, Katars und der Türkei unter Einbeziehung der Hamas verhandelt worden war. Danach soll Hamas die Amtsgeschäfte an das aus palästinensischen Technokraten bestehende *National Committee for the Administration of Gaza* (NCAG) übergeben. Eine *International Stabilisation Force* (ISF) soll den Waffenstillstand zwischen Palästinensern und Israelis und die Auslieferung internationaler Hilfsgüter überwachen. Alle palästinensischen Fraktionen sollen entwaffnet werden. Und Israel soll sich etappenweise aus Gaza zurückziehen.

Der 15-Punkte-Plan enthält auch Zugeständnisse an die Hamas. So soll die Hamas nicht durch das BoP oder die ISF entwaffnet werden, sondern die Waffen an das NCAG übergeben. Hamas hatte mehrfach signalisiert, dass sie bereit sei, ihre Waffen abzugeben – allerdings nur an palästinensische Institutionen. Ein anderes Zugeständnis ist, dass Beamte der Hamas-Verwaltung nach einer Sicherheits- und Eignungsüberprüfung von der neuen Verwaltung übernommen werden können. Und – so betonte der von Trump ernannte Generalsekretär des *Board of Peace*, Nikolai Mladenov – die Hamas könne weiter als politische Organisation in Gaza tätig sein. Im Gegenzug hat die Hamas ihre Quasi-Regierung offiziell aufgelöst, um so den Weg zur Übergabe der Amtsgeschäfte an das NCAG freizumachen.

Die Zustimmung zum Trump-Plan, der Gaza unter ein von niemandem kontrolliertes neokoloniales Mandat stellt, war für alle palästinensischen Fraktionen eine schwere und schmerzhaft Entscheidung. In dieser Phase unseres Kampfes geht es um das bloße Überleben, rechtfertigte der Politiker Mustafa Barghouti, der an den Verhandlungen zur Bildung des NCAG im Januar in Kairo teilgenommen hatte, die Billigung des Trump-Plans durch die palästinensischen Fraktionen.

Die Umsetzung des 15-Punkte Plans für die 2. Phase bleibt jedoch eine Quadratur des Kreises. Der Verhandlungsführer der Hamas, Ghazi Hamad, erklärte, dass die Hamas ihre Waffen nur unter der Voraussetzung eines israelischen Abzuges aus Gaza

abgeben würde, während die Netanjahu-Regierung ankündigte, sie werde sich erst zurückziehen, wenn die Hamas ihre Waffen abgegeben hat.

Bislang hat Israel anders als die Palästinenser keine Zustimmung zu der *Road Map* signalisiert. Im Gegenteil: Die israelische Regierung hat in offener Herausforderung des BoP mitgeteilt, dass sie sich das Recht vorbehält, selbst die



Gaza heute @Courtesy Sarah Roya

Gebiete Gazas zu bombardieren, in denen in der nächsten Phase internationale Friedenstruppen stationiert werden sollen. Allein an dem ersten Wochenende nach Bekanntgabe des Plans starben 22 Palästinenser:innen durch israelische Drohnenangriffe, darunter drei Kinder. Bei den Angriffen wurde auch das Medikamenten-Depot des Aqsa-Krankenhauses in Deir al-Balah zerstört. Das Krankenhaus ist eines der wenigen noch funktionierenden in Gaza und das einzige, das Dialysepatient:innen behandelt. Seit Beginn des „Waffenstillstandes“ am 10.

Oktober 2025 wurden mehr als 1.200 Menschen durch die IDF ermordet. Nach der Freilassung der israelischen Geiseln hat sich Israel an keine Abmachung mehr gehalten. Den Mitgliedern des NACG wurde die Einreise nach Gaza verweigert. Bis heute erreicht nur ein Bruchteil der benötigten Hilfslieferungen Gaza. Die IDF hat die Waffenstillstandslinie, die sog. *Yellow Line*, immer weiter verschoben, so dass sie heute 70% des Gazastreifens kontrollieren. Laut Verteidigungsminister Israel Katz will Isarel hier drei strategische Nahal-Siedlungen genehmigen.

Aber es zeigen sich erste Meinungsdivergenzen zwischen Netanjahu und Trump. Beide verfolgen unterschiedliche koloniale Ziele in Gaza: Trump sieht bei einem durch Erdöldollars finanzierten Wiederaufbau Gazas neue Investitionsfelder für amerikanische Investmentfirmen, während der israelische Siedlerkolonialismus die ethnische Säuberung Palästinas vorantreibt. Der amerikanische Präsident Trump wäre „sehr enttäuscht“, wenn Israel seinem Plan zum Wiederaufbau Gazas Steine in den Weg legt, erklärte einer seiner Mitarbeiter anlässlich der Bekanntgabe des 15-Punkte-Plans. Wie und ob er reagieren wird, falls Netanjahu nicht mitspielt, kann aufgrund der erratischen und widersprüchlichen Reaktionen des amerikanischen Präsidenten niemand vorhersagen. Nur massivster internationaler Druck auf Israel wird die Einhaltung des Waffenstillstandes garantieren. Solange es weiterhin aus den USA und Deutschland mit Waffen und Geld unterstützt wird, wird es wie gewohnt politische Kritik und diplomatische Verwerfungen aussitzen und weiter vollendete Tatsachen schaffen.

Der vollständige Text des 15-Punkte-Plans ist zu finden unter:

<https://www.middleeasteye.net/news/full-text-15-point-draft-peace-plan-between-hamas-and-israel-gaza>

Eine kritische Analyse des Trump-Plans und des Board of Peace sowie der Hintergründe findet sich auf der Webseite des Carnegie Endowment for Peace:

<https://carnegieendowment.org/research/2026/07/gaza-refugees-displacement-board-of-peace-trump-netanyahu-palestine-israel>

Eskalation der Siedlergewalt in der Westbank

Plant der rechtsextreme israelische Minister Bezalel Smotrich, dessen Finanzministerium für die zivile Verwaltung der Westbank verantwortlich ist, kurz vor den Wahlen zur israelischen Knesset seinen „Unterwerfungsplan“ zu realisieren? Das Szenario deutet darauf hin: Am 24. Juli exekutierten radikale Siedler in dem Dorf Tell bei Nablus vier palästinensische Bauern bei dem Versuch, sie von ihren Feldern zu vertreiben. Als die Dorfbewohner sich verteidigten, kamen zwei Siedler ums Leben. Für die Siedler war das das Fanal für pogromartige Überfälle auf palästinensische Dörfer und Städte, wobei die Unterschiede zwischen Besatzungsarmee und Siedlern völlig verwischt sind. Die Stadt Nablus wurde von der Außenwelt abgeriegelt. Bilder aus den Dörfern um Nablus zeigen, wie Siedler Häuser, Felder und Autos in Brand setzen, Vieh stehlen und wie Palästinenser unter Gewehrsalven der Siedler zu fliehen versuchen. Krankenwagen, die Schwerkranke oder Verletzte zur ärztlichen Versorgung nach Nablus bringen, werden an Checkpoint zurückgewiesen. Die Netanjahu-Regierung hat angekündigt, weitere Außenposten der Siedler offiziell anzuerkennen und aus Rache ein weiteres Flüchtlingslager im Norden der Westbank dem Erdboden gleichzumachen, nachdem im Februar die Lager von Tulkarem und Jenin zerstört wurden und 40.000 Menschen zu Binnenvertriebenen wurden. Überall leben die Palästinenser:innen mit der Angst, dass sie die nächsten sind, die vertrieben werden.

Schon lange sind nicht nur Dörfer in den sog. C-Gebieten der Westbank, die unter israelischer Verwaltung stehen, den Angriffen der Siedler ausgesetzt, sondern auch Orte der von der palästinensischen Autonomiebehörde verwalteten A- und B-Gebiete. Dadurch versucht die israelische Regierung, die Demarkationslinien zwischen den Gebieten zu verwischen, das Oslo-Abkommen von 1993 endgültig zu Grabe zu tragen und einen palästinensischen Staat unmöglich zu machen.

Das Vorgehen folgt dabei einem strategischen Plan, bei dem die Siedler nur als Stoßtruppen fungieren. „Der erste Teil dieser brutalen Siedlerkampagne nach dem 7. Oktober bestand darin, ländliche und beduinische Gemeinschaften aus Gebiet C zu vertreiben, aber das ist weitgehend abgeschlossen“, erklärt Jamal Jumaa von *Stopp the Wall*. „Jetzt besteht die Strategie der Siedler darin, den Druck auf die Dörfer und Städte zu erhöhen und palästinensische Häuser als Außenposten zu nutzen, von denen aus sie den Rest der Gemeinde schikanieren“. Jumaa warnt: „Wenn das so weitergeht, wird die nächste Phase darin bestehen, nach und nach palästinensische Häuser zu besetzen und den Palästinensern in ihren eigenen Dörfern Lebensraum zu entziehen, so wie wir es seit Jahren in Hebron und Jerusalem beobachten.“

Das Amt der UN für Humanitäre Angelegenheiten (OCHA) hat seit Anfang dieses Jahres 1330 Angriffe auf palästinensische Dörfer in der Westbank gezählt, bei denen 77 Palästinenser:innen von Siedlern oder IDF-Soldaten getötet wurden.

Durch das systematische völkerrechtswidrige *Landgrapping* werden die Palästinenser in immer kleinere Enklaven zurückgedrängt. Inzwischen stehen 42% der Westbank unter der Rechtsprechung der offiziell durch die israelische Regierung anerkannten Siedlungen. 8% der Westbank wurden als Naturschutzgebiete und 18 % als sog. Militärische Feuerzonen ausgewiesen – darunter auch in den B-Gebieten. Diese dürfen nicht mehr von Palästinensern benutzt werden. Hinzu kommen die 390 *Outposts*, die immer stärker in palästinensische Ländereien vordringen und nach Angaben von Haaretz 18 % des Bodens für sich reklamieren. Einer politischen Lösung wird dadurch systematisch der Boden entzogen.

Siehe zur Siedlergewalt: <https://mondoweiss.net/2026/07/israeli-settlers-escalate-violent-takeover-of-palestinian-homes-in-areas-under-palestinian-authority-control/>

Deutschland stellt wieder einmal die Staatsraison über das Völkerrecht

Am 13. Juli fand das letzte Treffen der Außenminister der EU vor der Sommerpause statt und wieder einmal standen Sanktionen gegen Israel auf der Tagesordnung. Und wieder einmal wurde eine gemeinsame Position durch die Bundesregierung verhindert. Diesmal ging es um Siedlungsprodukte. Die Niederlande, Frankreich, Spanien und Irland hatten ein Verbot des Imports von Siedlungsprodukten gefordert. Damit folgen sie dem Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH) vom 19. Juli 2024.

Dieser hatte die Besetzung Gazas und der Westbank einschließlich Ostjerusalems für völkerrechtswidrig erklärt und Israel aufgefordert, ohne Vorbedingungen alle Siedlungen abzubauen. Der IGH erinnerte zugleich Drittstaaten an ihre Pflicht, keine Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit den Siedlungen einzugehen. Spanien, Frankreich, die Niederlande und Belgien haben, dem IGH-Gutachten folgend, den Import aus Siedlungen durch nationale Gesetze unter Strafe gestellt. Der französischen Nationalversammlung liegt ein Gesetzentwurf vor.

Die Bundesregierung merkt, dass der Block der europäischen Länder, die bislang Wirtschaftssanktionen gegen Israel verhinderten, dahinschmilzt. So hat sich die österreichische Außenministerin im Vorfeld der Sitzung für ein Importstopp ausgesprochen. Auch auf die neue ungarische Regierung können sich Wadephul und Merz nicht mehr verlassen. Deswegen versuchen sie jetzt, einen Importstopp mit perfiden Geschäftsordnungstricks zu hintertreiben. Ein Importstopp ist eigentlich eine handelspolitische Maßnahme.

Um diese durchzusetzen, bedarf es einer qualifizierten Mehrheit: Die Zustimmung von 15 Mitgliedsstaaten, die zusammen 65% der Bevölkerung repräsentieren. Jetzt pocht Deutschland darauf, dass ein Importstopp eine politische Maßnahme sei, die einstimmig gefasst werden müsse. Das bedeutet, dass Deutschland in seiner Rolle als Schutzmacht Israels auch gegen die Mehrheit aller anderen EU-Länder ein Veto gegen Sanktionen einlegen kann. Deutschland, das immer wieder die Uneinigkeit der EU beklagt, isoliert sich damit europaweit immer stärker.

Das Argument für das Abstimmungsverhalten ist immer wieder dasselbe: Erstens: Man lehne die Siedlungspolitik ab und befürworte eine Zwei-Staaten-Lösung. Dabei setze man aber auf den Dialog statt auf Sanktionen. Dieses Argument wird angesichts des siedlerkolonialen *Landgrappings* immer mehr zur Farce. Dass die israelische Seite kompromisslos ist, müsste auch Außenminister Wadehul wissen, hätte er die Rede seines Gesprächspartners und Amtskollegen Gideon Saar vor dem UN-Sicherheitsrat im Februar dieses Jahres zur Kenntnis genommen. Unter Bezug auf den Erzvater Abraham und König David bezeichnete er die Juden als die eigentlich indigene Bevölkerung Palästinas. Die Westbank – in seinen Worten Judäa und Samaria – sei die Wiege der jüdischen Zivilisation. Die Forderung, die Westbank zu räumen, nannte er moralische und politische Korruption. Israel werde nie und nimmer die Kontrolle über Ostjerusalem oder die Westbank abgeben oder Siedlungen räumen.

Die Bundesregierung verweist allzu gern auf die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel. Hinter der moralischen Argumentation verbergen sich aber ganz feste Interessen: eine intensive Rüstungskooperation, die weit über Rüstungsexporte hinausgeht. Israel ist ein wichtiger Partner Deutschlands bei der Entwicklung von Drohnen und modernen Waffensystemen und Deutschland ist Sprungbrett für die Expansion israelischer Rüstungsfirmen auf den europäischen Markt (siehe dazu DPG-Rundbrief 16/2026).

Die Rede von Gideon Saar am 18.2.2026 im UN-Sicherheitsrat ist nachzuhören als UN-Podcast: <https://webtv.un.org/en/asset/k1o/k1ojxns6n>

Europäische Bürgerinitiative erfolgreich beendet



**JUSTICE
FOR PALESTINE**
STOP EU TRADE WITH CRIMINALS

Die europäische Bürgerinitiative zur Aussetzung des Assoziierungsabkommens mit Israel, die eigentlich bis zum Januar 2027 laufen sollte, wurde von den Organisator:innen zum 16. Juli 2026

beendet, da das Ziel schon in knapp 6 Monaten erreicht wurde. Für den Erfolg einer Bürgerinitiative sind mindestens 1 Mio. Unterschriften und nationale Quoren in mindestens 7 Ländern nötig. Zum 16. Juli hatten bereits 1.300.029 Menschen die Forderung unterschrieben. Das Mindestquorum wurde in 13 Ländern – darunter auch in Deutschland – erreicht. Die anderen Länder sind: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, die Niederlande, Polen, Portugal, Spanien und Schweden.

Was sind die nächsten Schritte? Nach der Verifizierung der Unterschriften werden sich Europäische Kommission und das Europäische Parlament mit dem Anliegen ausführlich beschäftigen. Wir werden Sie darüber auf dem Laufenden halten.



Das Banner wurde neu gedruckt und kann über Vizepräsidentin Ursula Mindermann bestellt werden. Es eignet sich sehr gut für Mahnwachen, Veranstaltungen und Demonstrationen.

Es ist aus Mesch, also sehr leicht, einfach zusammenzupacken und zu transportieren. Die Kosten betragen 75 Euro oder auf Anfrage auch weniger.

Bei Fragen und für Bestellungen:

mindermann@dpg-netz.de

Unser Einsatz für die hungernden Kinder geht weiter. Ihre Spenden leiten wir direkt an die für Gaza tätigen Hilfsorganisationen.

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Kontoverbindung

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10

BIC: GENODED1SPK

Spende Zweck: Humanitäre und medizinische Hilfe in Gaza - Palästina

Verantwortlich für diesen Rundbrief: Ivesa Lübben, Vizepräsidentin der DPG